

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 1

Artikel: Zum Parteitag
Autor: Reinhard, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329934>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



35.32 (S. A. L.) 4569
(N 11 9)

SEPTEMBER 1928

HEFT 1
8. JAHRGANG

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Zum Parteitag.

Von Ernst Reinhard.

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz tritt in einem Augenblick zusammen, der das ganze Bürgertum der Schweiz gegen die Sozialdemokratie geeinigt sieht. Um die Nationalratswahlen mit einer einzigen Front gegen die Sozialisten führen zu können, haben sich unter Bundesrat Musys Leitung alle bürgerlichen Parteien der Schweiz, von der demokratischen Linken bis zur katholisch-konservativen Rechten, zusammengeschlossen. Die Unterschiede der Parteien verschwinden und werden nur zur Täuschung des Bürgers noch in eigenen Listen aufrechterhalten, die aber fast überall durch Listenverbindung vereinigt sind. Mit Ausnahme weniger Kantone, etwa des Wallis und Luzerns, wo der Kampf zwischen Liberalen und Konservativen eine ungebrochene Ueberlieferung darstellt, hat sich diese Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft durchwegs gebildet.

Es hat Zeiten gegeben, in denen eine solche Verbindung aller bürgerlichen Parteien als eine Unnatürlichkeit in weiten Kreisen des Bürgertums empfunden worden ist. In andern Ländern, man denke an Deutschland, England und Frankreich, ist die Trennung zwischen den bürgerlichen Parteien streng aufrechterhalten worden; nirgends hat sich der Besitzbürgerblock wohl so scharf herausgebildet wie in der Schweiz. Es besteht bei keiner bürgerlichen Partei auch nur die geringste Neigung, mit der Sozialdemokratie gegen andere bürgerliche Parteien vorzugehen, wie das etwa in Frankreich bei den Linksradiكالen der Gruppe Daladier, in Deutschland bei den Demokraten der Fall war. Man empfindet in der Schweiz den Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und bürgerlicher Politik so stark, daß alle Unterschiede zwischen bürgerlichen Parteien tatsächlich verschwinden.

Ist das ein Unglück? Für diejenigen, welche glauben, es könnte die Sozialdemokratische Partei auf dem Wege eines Linksblocks etwa zur Macht gelangen und die konsequenterweise auch heute wiederum die Beteiligung unserer Partei an den Bundesratswahlen verlangen, möchte das durchaus so erscheinen. Aber es ist immerhin typisch für die Erkenntnis über die Einstellung der Gesamtpartei, daß ein Antrag, der in Wirklichkeit die Wahlbeteiligung an den Bundesratswahlen verlangt, nicht einfach, klipp und klar, die Befolgung dieser Richtlinie verfolgt, sondern auf einem Umwege, durch ein Hintertürchen, die Partei zur Anerkennung dieser Richtlinie zu bringen sucht. Gerade darin, daß die Aenderung der bisherigen Politik der Partei nicht offen und mit jener eindeutigen Klarheit verlangt wird, die sonst Anträge an den Parteitag auszeichnen, liegt der beste Beweis dafür, daß auch den Antragstellern bewußt ist, wie wenig Aussicht Anträge haben, welche die Partei von ihrer seit Jahren konsequent innegehaltenen Richtlinie abbringen könnten.

Es ist wahr: Die Politik unserer Partei hat sie nicht regierungsfähig gemacht. Ich vermag darin kein Unglück zu sehen. Denn bürgerliche Parteien halten unsere eigene, Sozialdemokratische Partei grundsätzlich nur dann für regierungsfähig, wenn sie gute Stücke ihrer Prinzipien zurückzustellen, wenn nicht überhaupt zu opfern bereit ist, wenn sie gewillt ist, sich in ihrer ganzen Kampfweise stärker an das demokratische Bürgertum anzulehnen. Das Kräfteverhältnis ist in der Schweiz immer noch wie 3 : 1, d. h. daß ein Viertel der Wähler sozialdemokratisch gestimmt hat und daß dieses Viertel nicht die Macht besitzt, von den Bürgerlichen die Aenderung ihrer Politik zu verlangen. Wir wollen uns ruhig und ohne irgendwelche Illusion zugeben, daß man uns zum Regieren noch nicht braucht, daß man nicht auf uns angewiesen ist, so daß man unsere Beteiligung an der Regierung nur zulassen wird, wenn wir die Bedingungen annehmen, welche das Bürgertum uns stellt.

Haben wir uns aber das Zutrauen des Bürgertums nicht erworben, so um so stärker dasjenige der Arbeiterschaft. Es sind nun bald zehn Jahre her, daß die Sozialdemokratische Partei auf dem Gipfel ihrer Macht stand. Dieses Stadium zeichnete sich aus durch einen gewaltigen Druck, den wir auf das Bürgertum ausüben konnten, und durch eine Organisationsziffer, die beinahe an die 60,000 heranging. Die verbrecherische Spaltungspolitik der Dritten Internationale hat uns auf die Hälfte dieser Zahl zurückgeworfen. Nicht der Rückgang dieser Mitgliederzahl war das Schlimmste, sondern der Schwund des Vertrauens, den die Kommunistische Partei der Schweiz systematisch herbeizuführen suchte. Die Jahre unmittelbar nach der Spaltung zeichneten sich durch eine wahre Vertrauenskrise aus. Die Arbeiterschaft, irregeführt durch die Behauptungen, daß auch die Sozialdemokratische Partei eine sozialpatriotische und

sozialverräterische sei, stutzte und schreckte vor der Mitarbeit in der Sozialdemokratischen Partei zurück. Aber die Partei hat in den acht Jahren seit der Spaltung bewiesen, daß die Kommunisten gelogen haben. Sie hat dem Bürgertum nirgends Konzessionen gemacht. Diese Jahre zeichneten sich durch eine scharfe und rücksichtslose, es darf wohl auch ruhig gesagt werden, aufopfernde Vertretung der Arbeiterinteressen aus; die Partei hielt die Linie des Klassenkampfes strenge inne.

Und gerade das ist es, was ihr das Vertrauen zurückerwarb. Die Kommunistische Partei liquidierte ihre Parteigeschäfte außer in drei Kantonen; in Zürich warf sie die entschiedene Arbeit unserer Partei völlig zurück und verurteilte sie zur Bedeutungslosigkeit; die Partei braucht auf die Kommunistische Partei in Zürich nicht die mindeste Rücksicht zu nehmen. In Schaffhausen ist die Stagnation erwiesen; von dem Augenblick an, da unsere Partei die Arbeit wieder aufnahm, zeigte sie sich als fast so stark als die kommunistische; einzig in Basel hatte die Kommunistische Partei Erfolge zu verzeichnen, die auf die Einflüsse des Referendumskampfes um das Beamtengesetz und die Verhältnisse im A. C. V. zurückzuführen sind. Aber wenn auch hier ein Fortschreiten der Kommunistischen Partei festgestellt werden muß, so darf ruhig angenommen werden, daß der für uns bedauerliche Rückgang nur vorübergehender Natur ist.

So hat sich die Partei in ihrer Arbeit weder um die Kommunisten noch um das Bürgertum gekümmert, sondern ist ruhig den einmal für richtig erkannten Weg konsequenter Klassenkampfpolitik gegangen. Die Erfolge sind nicht ausgeblieben. Die Wahlzahlen unserer Partei sind wiederum stark gestiegen; die Mitgliederzahlen selbst haben zugenommen; der Wiederaufstieg zeichnet sich deutlich ab. Wohl sind wir, gemessen an ausländischen Bruderparteien, noch eine sehr kleine Partei; unser Organisationsgebiet ist noch kaum angeschnitten. Aber wir können ruhig lächelnd über die höhnischen Hetzereien bürgerlicher Parteien hinweggehen, die nie den Mut aufgebracht haben, ihre Mitgliederzahlen und ihr Kassengebaren so offen klarzulegen, wie wir das jederzeit tun. Man suche sich die bürgerliche Partei, die es fertig brächte, einen so bis ins einzelne genauen Bericht über ihr Organisationsverhältnis und ihr Finanzgebaren zu geben wie die Sozialdemokratische Partei! Es gehört ein Stück unerhörter moralischer Ver lumpung dazu, wenn bürgerliche Parteizeitungen, die noch nie auch nur einen brauchbaren Bericht über ihre Partei zu veröffentlichen den Mut hatten, die Sozialdemokratische Partei begehren, weil diese niemals verschweigt, was sie innerlich und äußerlich ist. Keine Partei hat wie wir den Mut zur Klarheit, keine darf sich wie wir so offen der öffentlichen Kritik aussetzen. Andere Parteien lieben das Dunkel und die Verschwiegenheit; wir stehen da im vollen

Sonnenlicht; andere dürfen sich an uns ein Beispiel nehmen. Wir aber haben nichts und niemanden zu scheuen.

Aber das zurückkehrende Vertrauen der Arbeitermassen verpflichtet uns, die Frage zu verneinen, ob in diesem Augenblicke eine Aenderung unserer Politik nötig sei. Wir haben allzu deutlich die Erfahrung gemacht, daß weitaus die größten Fortschritte unserer Partei da festzustellen sind, wo die Partei diesen Boden nie verließ. Und was für die Kantone gilt, hat selbstverständlich für das schweizerische Gebiet doppelte Bedeutung.

Es verpflichtet uns aber auch, den Kampf des Herrn Musy nicht in der Verteidigung abzuwarten, sondern selbst zum Angriff überzugehen. Wir sind immer eine Partei des Angriffs gewesen und müssen es bleiben. Schließt man das Bürgertum zusammen, so werden wir uns der Tatsache zu erinnern haben, daß die Lohnempfänger in der Schweiz fast drei Viertel aller Stimmberechtigten stellen; dem Sammlungsruf des Bürgertums gegenüber erheben wir den alten Schlachtruf des Proletariats: Vereinigt euch! Tun wir das aber, so werden wir uns gewisser Eigentümlichkeiten der schweizerischen Arbeiterschaft erinnern müssen.

Die Verbindungen zwischen Kleinbauernschaft und Arbeiterschaft sind in unserem Lande so eng wie sonst kaum in einem andern Lande. Tausende und aber Tausende gelten statistisch als Arbeiter; aber da sie noch ein kleines Heimwesen führen, so fühlen sie sich selbst als Bauern, und sie stimmen daher gegen uns, gegen ihre eigene Partei. Wir waren früher eine Partei, die sich in erster Linie um das städtische Proletariat kümmern mußte; es war wirklich Zwang, in den ersten Jahren der Organisation und der Festigung so zu handeln. Aber je weiter wir, geleitet durch die Arbeiterinteressen, in die Landschaft hinausgedrungen sind, je mehr sich in den kleinsten Bauerndörfern unsere Organisationen entwickeln, um so mehr zwingen uns gerade die Interessen der ländlichen Arbeiter, daran zu denken, daß kleinbäuerliche und industrieproletarische Interessen aufs engste miteinander verbunden sind. Die Aufnahme einer besondern Bauernpolitik ist nicht ein Abweichen von der alten Linie, sondern ihre konsequente Weiterverfolgung; von innen heraus wird die Partei dazu geführt, sich der gründlich mißachteten — von den bürgerlichen Parteien mißachteten — Kleinbauerninteressen anzunehmen. Das geschieht an unserem Parteitag durch die Behandlung eines besondern Traktandums. Landwirtschaftsprogramm und Agrarprogramm stehen als besondere Punkte auf der Tagesordnung; sie werden deutlich und unmißverständlich hervorgehoben. Die Partei vereinigt organisch die Kleinbauerninteressen mit denen der Industriearbeiter, wie sie längst die des intellektuellen Proletariats mit dem des manuellen in unlöslicher Verbindung geeinigt hat.

Ebenso deutlich und unmißverständlich erfolgt die Kampf-ansage auf allen andern Gebieten der eidgenössischen Politik. Es ist ein gutes Zeichen für die Tätigkeit der Partei, daß sie selbst dann, als sie vor der Tatsache der bürgerlichen Einheitsfront stand, in keinem Augenblick ihre Politik auch nur um ein Jota ändern mußte; das Programm, das sie verfolgt, ist seit Jahren dasselbe geblieben; sie braucht heute nur daran zu erinnern. Aber gerade in der Erinnerung an die großen, nicht erfüllten Begehren der Arbeiterschaft liegt das Geheimnis unserer Stoßkraft. Darin liegt das Zeugnis dafür, wie unablässig die Partei gearbeitet hat, um die soziale Lage der Arbeiterschaft zu verbessern, wie umgekehrt aber das Bürgertum jeden bedeutenden Fortschritt bremste oder zu sabotieren versuchte. Einzig die Erinnerung an das Schicksal der Alters- und Invalidenversicherung, an den Leidensweg, den sie gegangen ist, bildet eine scharfe Anklage gegen die bürgerliche Politik.

Umgekehrt aber darf im Zusammenhang mit unserer bisherigen Tätigkeit darauf hingewiesen werden, daß die Sozialdemokratische Partei der Schweiz für die Arbeiterschaft verhältnismäßig viel mehr erkämpft hat, als es andern und viel mächtigern Bruderparteien des Auslandes gelang. Ein kurzer Besuch im Auslande ergibt für den Beobachter überall das gleiche Bild: Der Lebensstandard der schweizerischen Arbeiterschaft ist im allgemeinen viel höher als der ausländischer Arbeiter; die Partei hat, gemeinsam mit den Gewerkschaften, einer Verelendung der Massen, wie sie sonst im Wesen des Kapitalismus liegt, mit großem Erfolg entgegengewirkt. Selbstverständlich ist ihre Lage, gemessen am bürgerlichen und großbäuerlichen Niveau, durchaus unbefriedigend geblieben, aber der ungebrochene Kampfeswille der Partei hat ihr doch viel mehr eingetragen, als je eine verschwommene Regierungspolitik in einem Augenblick ihr eintragen könnte, da sie noch keineswegs die Macht besitzt, um ihre eigene Regierungspolitik kräftig stützen zu können. Tatsächlich ist denn auch ihre moralische Stellung viel stärker, als das politische Zahlenverhältnis anzudeuten vermag.

Der Parteitag zeichnet sich aber auch dadurch aus, daß er gewissermaßen den Abschluß einer Periode innerer Kämpfe bedeutet. Die Kämpfe um Programm und Arbeitsprogramm, um die Militärfrage und den Eintritt in die Internationale sind beendet; die Meinungsverschiedenheiten sind an diesem Parteitag sicherlich viel weniger scharf als je an einem andern; er kann sich ganz und gar auf die konstruktive Politik, auf eine Politik des sozialistischen Aufbaus einstellen. Nachdem sich so die Kampflage etwas geändert hat, taucht die Frage nach einer andern Organisation der Führung auf. Die Frage einer Dezentralisation der Geschäftsleitung erhebt sich, und im Zusammenhang damit wird auch die Verlegung des Vorortes diskutiert.

Es scheint mir durchaus dem Ernste der ganzen Partei angemessen zu sein, wenn eine derartige Frage weder vom Gesichtspunkte persönlicher noch von dem regionaler Interessen entschieden wird. Irgendwelche Prestigefragen müssen dabei nach jeder Richtung hin ausgeschaltet werden. Deutlich: Nach jeder Richtung hin! Es wird daher am richtigsten sein, wenn eine derartige Frage nur nach dem Standpunkte der Zweckmäßigkeit entschieden wird; das aber kann am heutigen Parteitag noch kaum geschehen. Ganz abgesehen davon, daß es höchst unklug wäre, mitten im Kampfe die Führung zu wechseln. Die ganze Frage ist mit so mancher andern verknüpft, daß eine reifliche und sachliche Diskussion an diesem Parteitag nicht möglich zu sein scheint. Es dürfte daher am richtigsten sein, den einstimmig gefaßten Antrag des Parteivorstandes anzunehmen, diese Frage durch eine besondere Kommission prüfen zu lassen; sie hätte am nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.

Aehnlich dürfte sich auch eine Zurückstellung aller Anträge rechtfertigen, welche die Stellung der Partei gegenüber dem Arbeitersport betreffen. Einmal hat man es hier nicht nur mit dem Arbeiterturn- und Sportverband zu tun, sondern auch mit den Sängern, den Radfahrern, den Naturfreunden, um nur diese großen und wichtigen Gruppen herauszugreifen. Die Geschäftsleitung hat vorgesehen, nach den Wahlen mit all diesen Gruppen zusammenzutreten, um gemeinsam mit allen diese Richtlinien auszuarbeiten; sie sollen dem nächsten Parteitag unterbreitet werden. Bis dahin rechtfertigt sich ein Zeitgewinn, der auch der Sache selbst nur dienen kann.

Der Parteitag wird das Zeichen einer großen innern Sammlung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und ihres fröhlichen und ungebrochenen Kampfesmutes tragen. Er wird die Arbeiter, die Kleinbauern, die bis dahin unentschlossen beiseite standen, auffordern, zur Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms, das gleichzeitig Programm aller Arbeiter und Kleinbauern ist, zusammenzutreten und mit ihnen zu kämpfen. Der Drohung des Besitzbürgerblocks, der unter Führung des erzreaktionärsten, katholisch-konservativen Flügels erfolgt, wirft der Parteitag seinen Kampfruf entgegen; *den* Kampf, den Kampf um die Arbeiterrechte, ist er entschlossen, mit aller Kraft zu führen. Die Sozialdemokratische Partei weiß, daß sie in diesem Kampfe nicht allein steht; sie kann mit dem tapfern Ulrich von Hutten rufen:

Ich weiß noch viel,
Woll'n auch ins Spiel,
Und sollten's drüber sterben.
Auf Landsknecht gut
Und Reuters Mut:
Laßt Hutten nicht verderben!